

Anmerkungen des IÖB Oldenburg zum

Gutachten des „Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft zur ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ (2010)

Das IÖB Oldenburg fordert seit rund 20 Jahren ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“ mit allen bildungspolitischen Konsequenzen (z. B. die Einrichtung von Studiengängen) und hat in Niedersachsen und darüber hinaus beachtliche Erfolge bei der Etablierung ökonomischer Bildung im allgemeinbildenden Schulsystem erzielen können.

Die im aktuell vorgelegten „Gutachten des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft“ unter Vorsitz des ZDH aufgestellten Forderungen zur Etablierung der ökonomischen Bildung in das allgemeinbildende Schulwesen können wir daher aus Sicht des IÖB nur begrüßen und unterstützen. Es werden die in der Vergangenheit immer wieder einsamen Forderungen des IÖB Oldenburg nicht nur bestätigt - unzählige weitere Publikationen belegen dies - , sondern es wird Schluss gemacht mit dem didaktischen Selbstbetrug, dass nach Maßgabe solcher Fächer wie Politische Bildung o. Ä. es schon ausreichend sei, Spurenelemente ökonomischer Bildung Einlass in das allgemeinbildende Schulsystem zu gewähren.

Zentrale Forderungen bestätigt

Zweifellos ist es richtig, dass nur dann von einer grundlegenden Sicherung der ökonomischen Bildung im deutschen Schulsystem gesprochen werden kann, wenn

- Kinder und Jugendliche auf allen Altersstufen in allen Schulformen ein grundlegendes Verständnis von den Strukturen und Prozessen der Wirtschaft national und international erwerben können. Dies wird nur mit einem Fach und einem entsprechenden Referenzsystem möglich sein, das den Rahmen liefert für die Entwicklung von modernen Lehr- und Lernarrangements;
- gleichzeitig eine Lehr- und Forschungsinfrastruktur Schritt für Schritt an den Universitäten aufgebaut wird, wie es für alle Schulfächer erforderlich ist, die im allgemeinbildenden Schulsystem seriös vertreten werden sollen;
- der hohe Anteil fachfremd erteilten Unterrichts zurückgedrängt und auch der internationalen Einsicht Rechnung getragen wird, dass zwischen der fachlichen, fachdidaktischen und der unterrichtlichen Qualität unabweisbare Zusammenhänge bestehen (vgl. Baumert/Kunter 2006).

Die Forderungen des Gutachtens sind zum Teil fast deckungsgleich ebenfalls zu finden in:

- a) Deutsches Aktieninstitut, Beirat für ökonomischen Bildung des Deutschen Aktieninstituts e.V. (Hg.) (1999): Memorandum zur ökonomischen Bildung - Ein Ansatz zur Einführung des Schulfaches Ökonomie an allgemeinbildenden Schulen
- b) Kaminski, H./Eggert, K./Burkard, K.-J. (2008): Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zum Abitur, hrsg. vom Bundesverband deutscher Banken, Berlin Mai 2008

Bildungspolitisches Durchsetzungspotenzial?

Begrüßenswert wäre es, wenn die Forderungen nun zügig in ein bildungspolitisches Handlungsprogramm umgesetzt werden könnten. Leider muss man an dieser Stelle das bildungspolitische Gedächtnis auffrischen, weil zu befürchten ist, dass erneut das passieren wird, was in solchen Fällen immer wieder geschehen ist: Blitzschnell feiern sog. 200 Stunden-Forderungen wieder fröhliche Urstände. Diese 200 Stunden, die zunächst immer für die ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I vorgesehen waren, werden „tütchenweise“ bis zur Unkenntlichkeit auf alle Fächer verteilt. Die Rahmenvorgabe für ökonomische Bildung in NRW mit den Auswirkungen für die Studierfähigkeit ökonomischer Bildung an nordrhein-westfälischen Hochschulen mag als warnendes Beispiel dienen. Die Gefahr besteht weiterhin, dass keine eigenständigen Studiengänge für ökonomische Bildung eingeführt werden und es weiterhin keine systematischen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen geben wird, sondern die föderale Struktur der Bundesrepublik „die Reform“ bis zur Nichtauffindbarkeit buchstäblich verschlucken wird.

Und wie man schon jetzt hinter den Kulissen „munkeln“ hört, wird das Ergebnis des Gutachtens einigen Verbänden viel zu weit gehen, weil das erforderliche politische Durchsetzungspotenzial nicht zu Lasten anderer Vorhaben verbraucht und für die ökonomische Bildung geopfert werden soll. Oder man kann auch die durchaus verständliche und besorgte Frage hören: Wie wird unser „Geschäftsmodell“ im Bereich der ökonomischen Bildung mit einem Portfolio von Veranstaltungen sich verändern, wenn es zukünftig auch mit einer Fakultas ausgestattete Lehrkräfte für die ökonomische Bildung geben könnte? Viele Fragen ließen sich anschließen. Zu befürchten ist zusammenfassend: keine strukturelle Veränderungen, nur Kosmetik. Der Flickenteppich der ökonomischen Bildung wird in Deutschland auch weiterhin bestehen bleiben.

Niedersachsen als positives Beispiel

Aber, man mag erstaunt sein, es gibt auch positive Anschauungsbeispiele. Wie verwirrend für die Gutachter offensichtlich die bundesrepublikanische Situation gewesen sein muss, zeigt sich am Beispiel des Bundeslandes Niedersachsens, das die meisten Forderungen des Gutachtens, wie eine einfache Literaturrecherche es schon hätte zeigen können, schon seit vielen Jahren umgesetzt hat. Das niedersächsische Beispiel hält bildungspolitisches Anregungspotenzial dafür bereit, was auch unter den herrschenden bildungspolitischen Rahmenbedingungen durchaus möglich ist. Dies muss den Gutachtern wohl „durchgerutscht“ sein:

1. eigene Fächer „Wirtschaft“ mit entsprechenden kompetenzorientierten Kerncurricula für Hauptschule, Realschule und Gesamtschule;
2. ab dem 1. August 2011 ein Profil „Wirtschaft“ in der Realschule mit bis zu vier Stunden wöchentlich;
3. grundständige BA/MA-Studiengänge „Ökonomische Bildung“ an der Universität Oldenburg seit 2004;

4. das Kompromiss-Fach „Politik-Wirtschaft“ - allerdings mittlerweile mit einem Studiengang an der Universität Oldenburg und einer Prüfungsvereinbarung, die gleiche Anteile von Politik und Wirtschaft vorsieht;
5. systematische Fort- und Weiterbildungsangebote für fachfremd unterrichtende Lehrkräfte und schließlich sogar
6. kompetenzorientierte Schulbucheangebote.

Kontakt

Institut für Ökonomische Bildung
gemeinnützige GmbH
An-Institut der Universität Oldenburg
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski
Bismarckstraße 31
26122 Oldenburg

Tel.: 0441 361303-0

Fax: 0441 361303-99

E-Mail: kaminski@ioeb.de

Web: www.ioeb.de